

Pressemitteilung

Stellungnahme der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB)

21. Dezember 2017

Inklusion statt Exklusion!

„Zusammen“ und nicht „getrennt“!

Dem Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich“ ist zu entnehmen, dass das „bewährte differenzierte Schulsystem“ und damit auch das „Sonderschulwesen erhalten und gestärkt werden soll“. Im Zuge dessen ist außerdem geplant, die sonderpädagogische Lehrer/innenausbildung wieder einzuführen.

Unter Berücksichtigung der Erkenntnis, dass die Entwicklung hin zu einem inklusiven Bildungssystem ein ambitioniertes und langwieriges Vorhaben ist, hält die Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB, www.oefeb.at) – als Repräsentantin von über 300 Wissenschaftler/innen, die forschend und entwickelnd im Bildungswesen tätig sind – fest:

1. Es gibt keine gesicherten wissenschaftlichen Befunde dafür, dass sich das differenzierte österreichische Schulsystem, das die Kinder in der Sekundarstufe I auf AHS-Unterstufe, Neue Mittelschule und Sonderschule aufteilt, „bewährt“ hat. Im Gegenteil: Die Ergebnisse der internationalen Bildungsforschung haben gezeigt, dass mehrgliedrige Schulsysteme – wie es sie in Deutschland und Österreich gibt – wenig effektiv und sozial ungerechter sind. Jedes Jahr, um das früher differenziert wird, kostet uns Punkte auf der internationalen Leistungsskala. Und je länger Kinder und Jugendliche eine gemeinsame Schule besuchen, desto weniger ist ihr Bildungserfolg von der Herkunftsfamilie abhängig. Deshalb setzen Länder mit hoch leistungsstarken Schulsystemen mehr auf innere anstatt auf äußere Differenzierung. „Ein modernes Bildungssystem muss den differenzierten Anforderungen durch mehr Individualisierung und innere Differenzierung und weniger äußere Differenzierung Rechnung tragen“, so Professor Florian Müller (Vorsitzender der ÖFEB).
2. Österreich hat – wie die meisten Länder und Regionen in Europa (z.B. Schweden oder Südtirol) – in den letzten Jahrzehnten begonnen, ein inklusives Schulsystem aufzubauen. Dass diese Entscheidung richtig ist, wird unter anderem von nationalen und internationalen Forschungsergebnissen bestätigt, welche insgesamt einen Vorteil für alle Schüler/innen ausweisen. Erst jüngst hat die ÖFEB einen Band mit Forschungsbefunden genau zu diesem Thema herausgegeben. Auf dem Weg zu einer inklusiven Schule umzukehren, würde nicht nur gegen die aktuellen Erkenntnisse der Bildungswissenschaft sprechen, sondern auch gegen die UN-Behindertenrechtskonvention, die der österreichische Nationalrat 2008 *einstimmig* beschlossen hat.

3. Dem Ziel, ein inklusives Schulsystem aufzubauen, war auch die Entscheidung des Nationalrates geschuldet, keine eigene Ausbildung für Sonderschullehrer/innen mehr anzubieten. Da sich die Mehrheit der Eltern dafür entschieden hat, ihre förderbedürftigen Kinder „integriert“ unterrichten zu lassen, wurden Sonderschulen großflächig geschlossen, und es erscheint daher als wenig sinnvoll, Lehrkräfte für eine Schulform auszubilden, die nur noch von wenigen Eltern gewünscht wird. Für den weiterhin bestehenden Bedarf an sonderpädagogischer Expertise gibt es im Rahmen der „PädagogInnenbildung Neu“ in den Ausbildungen zu Primarstufen- oder Sekundarstufenlehrer/innen die Möglichkeit, sich in Bachelor- und Masterstudien auf „Inklusive Pädagogik mit dem Fokus auf Behinderung“ zu spezialisieren.

Der Vorstand der ÖFEB ersucht die Bundesregierung daher dringend, den begonnenen Weg zum Aufbau eines inklusiven Bildungssystems fortzusetzen und damit nicht nur der völkerrechtlichen Verpflichtung gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention nachzukommen, sondern auch – im Sinne einer Evidenzbasierung – wissenschaftliche Erkenntnisse stärker als bisher bildungspolitisch zu nutzen.

Das bedeutet insbesondere:

- Fortsetzung des Prinzips, Kinder und Jugendliche mit speziellem Förderbedarf gemeinsam mit anderen zu unterrichten
- Beibehaltung des im Rahmen der PädagogInnenbildung NEU eingeschlagenen Weges zur Ausbildung von Expertise im Bereich der Sonderpädagogik
- Setzung von Maßnahmen, die einer frühzeitigen Aufteilung der Kinder in unterschiedliche Schullaufbahnen entgegenwirken
- Nachqualifikation von Lehrer/innen und Schulleitungen sowie Unterstützung bei der Schulentwicklung, damit „inklusive Bildungsprozesse“ – im Sinne eines Diversitätsmanagements – besser umgesetzt werden können
- Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen der „inkluisiven Modellregionen“ bei der Weiterentwicklung eines inklusiven Bildungssystems

Für die Präzisierung der Rahmenbedingungen zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf sowie der Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildungsprogramme im Bereich der Inklusion ist die ÖFEB gerne bereit, ihre Expertise entsprechend einzubringen.

Der Vorstand der ÖFEB

Für Rückfragen an die Expert/innen für inklusive Bildung im ÖFEB-Vorstand:

*Prof. Dr. Ewald Feyerer, Pädagogische Hochschule Oberösterreich, E-Mail: ewald.feyerer@ph-ooe.at
Univ.-Prof. Dr. Susanne Schwab, Bergische Universität Wuppertal, E-Mail: schwab@uni-wuppertal.de*

Pressesprecher der ÖFEB:

Univ.-Prof. (i.R.) Dr. Ferdinand Eder, Universität Salzburg, E-Mail: ferdinand.eder@sbg.ac.at

Vorstandsvorsitzender der ÖFEB:

a.Prof. Dr. Florian Müller, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, E-Mail: florian.mueller@aau.at